

# Myfest jetzt auch in Neukölln?

Bezirkliche Straßenfeste am 1. Mai sorgen für eine explosive BVV

Erstmalig lud das Bezirksamt für den 1. Mai zu Straßenfesten auf Hermannplatz und Sonnenallee. Von der kurzfristigen Einladung wusste außer Bürgermeister Hikel offenbar niemand. Weder die BVV noch Anwohnende und Neuköllner\*innen wurden rechtzeitig informiert. Allerdings musste die traditionsreiche Revolutionäre 1.-Mai-Demo kurzfristig auf die Weserstraße ausweichen.

Der Bürgermeister muss sich nun den Vorwurf gefallen lassen, den 1. Mai zu entpolitisieren und die Traditionsdemo aus Neukölln raushalten zu wollen. Dieses Mittel ist nicht neu. Zuvor hat bereit Friedrichshain-Kreuzberg mit dem Myfest Kreuzberg am 1. Mai in eine riesige Partyzone verwandelt. Ob diese Strategie in Neukölln aufgeht, wird sich zeigen. Die Demo verlief jedenfalls weitestgehend friedlich.

Die Linksfraktion Neukölln freut sich über jede Gelegenheit zum Feiern für die Neukölln\*innen. Das nächste Mal sollten die Straßenfeste aber unter Beteiligung der lokalen Moscheegemeinden und Gewerbetreibenden stattfinden und möglichst keine 1.-Mai-Demo behindern.

Der 1. Mai war dann auch Thema in der BVV. In einer Entschliebung bedankte sich die SPD beim eigenen Bürgermeister für die Ausrichtung der 1.-Mai-Feiern als wichtigen Beitrag gegen „Gewalt und antisemitischen Hass auf Neuköllner Straßen, wie wir sie im Mai 2021 sehen mussten“. Die SPD gibt also munter zu, dass die Straßenfeste den Zweck hatten, die revolutionäre 1.-Mai-Demo zu behindern.

Ungeachtet dieser Selbstbeschuldigung musste dann auch noch die Sitzung unterbrochen werden, weil die Ordnungsstadträtin Sarah Nagel von den LINKEN, gefragt, was sie

am 1. Mai gemacht hätte, deutlich machte, dass sie die Behinderung der 1.-Mai-Demo ablehnt. Die SPD war empört und bat das Rechtsamt um Beistand. Dieses stellte aber trocken klar, dass Bezirksverordnente zwar ein Recht auf Beantwortung ihrer Fragen haben, nicht jedoch auf eine bestimmte Antwort.

## Weiterbau der A100

Obwohl die Berliner Koalition den Weiterbau der A100 ablehnt, schafft Bundesverkehrsminister Wissing von der FPD Fakten und treibt den Weiterbau voran. Die Neuköllner FDP findet das toll und begrüßt die Entscheidung mit einer vollkommen unnötigen Entschliebung. Die Grünen reagierten mit einer Gegenentschliebung, der sich auch die Linksfraktion anschloß. Wie zu erwarten war entspann sich eine Verkehrsdebatte, in der die VertreterInnen von AfD, FDP, CDU und SPD mal wieder mit vorsintflutlichen Positionen aufwarteten. Auffällig war, dass einige Beton-SPDler nicht an der Abstimmung teilnahmen, wohl aus Rücksichtnahme auf ihren Zählgemeinschaftspartner von den Grünen. Anderen war auch das egal: sie stimmten fröhlich gegen die Entschliebung von Grünen und LINKEN.

## Verkehrsberuhigung im Reuterkiez kommt irgendwann

Auf Antrag von engagierten Anwohner\*innen hat die BVV mit den Stimmen der LINKEN Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Reuterkiez beschlossen. Zuvor hatte die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen im Ausschuss alle verbindlichen Fristen rausgenommen. Man darf gespannt sein, ob die Umsetzung der Maßnahmen ebenso lange dauert, wie die Einrichtung eines Radwegs in der Hermannstraße.



# DIE LINKE.

Fraktion in der BVV Neukölln

## Initiativen

Alle Initiativen der Fraktion können auf [www.linksfraktion-neukoelln.de](http://www.linksfraktion-neukoelln.de) eingesehen und nachverfolgt werden.

## Anfragen

0241/XXI Ein Straßenbahnnetz für Neukölln

0244/XXI Asbest in Neuköllner Schulen

0292/XXI Klimaschutz in Neukölln jetzt umsetzen

## Anträge

0223/XXI Ein Straßenbahnnetz für Neukölln

0228/XXI Kein Gedenken an Kriegsverbrecher auf dem Friedhof Columbiadamm

0232/XXI Ehemaliges C&A Gebäude werbefrei

0298/XXI Versammlungsfreiheit schützen

0274/XXI Kippenbehälter für den Rathausplatz

# BVV gegen Versammlungsfreiheit

Mehrheit spricht sich gegen Versammlungen anlässlich der Nakba aus

Am 15. Mai jährte sich zum 74. Mal die Vertreibung der Palästinenser\*innen aus ihrer Heimat. Die zum Gedenken an die sogenannte Nakba angemeldeten Versammlungen auf dem Hermannplatz wurden von der Versammlungsbehörde verboten. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Verbote. Begründet wurde dies mit der Gefahr der Begehung von Straftaten, wie auf vorangegangenen Demos geschehen. In Kauf genommen wird dabei eine massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Gegen diese in Grundrechtsverletzung brachte die Linksfraktion eine Entschliebung in die BVV ein.

Für die Linksfraktion ordnete Ahmed Abed das Verbot der Versammlungen in eine lange Reihe der Unterdrückung palästinensischer Meinungsäußerung ein. Carla Aßmann spitzte mit der Analogie zu, dass künftig die große Gewerkschaftskundgebung am 1. Mai verboten werden könnte, weil die regierende Bürgermeisterin Giffey mit einem Ei beworfen wurde. Susanka Sambefski betonte schließlich die Bedeutung der Versammlungsfreiheit für die Demokratie.

Von all dem wollten die übrigen Fraktionen aber nichts wissen. Mit der Verweis auf Antisemitismus nehmen sie die durch Gerichte gedeckte Einschränkung der Versammlungsfreiheit hin, die sie anderswo – beispielsweise in Russland – so vehement kritisieren. Bleibt zu hoffen, dass die Gerichtsurteile von höheren Instanzen gekippt werden.

## Rekommunalisierung der Schulreinigung: Bürgermeister auf der Bremse

Auf Druck der Initiative „Schule in Not“, die zuerst in Neukölln einen Beschluss zur Rekommunalisierung

der Schulreinigung herbeiführte, wurde jetzt auf Landesebene Mittel für Pilotprojekte in den Bezirken bereitgestellt. Auf Antrag von Philipp Dehne, Mitglied der Linksfraktion Neukölln und Mitbegründer von „Schule in Not“ hat die BVV jetzt beschlossen, dass Neukölln Einstiegsbezirk werden soll.

Der Beschluss ist nur der letzte in einer langen Reihe von Initiativen, die den Bürgermeister dazu bringen sollten, das erfolgreiche Bürgerbegehren zur Rekommunalisierung umzusetzen. Beharrlich weigert sich Bürgermeister Hikel in der Sache tätig zu werden. Und auch jetzt will er sich noch mit der Einrichtung eines Landesbetriebs aus der Verantwortung stehlen. Für die Linksfraktion erinnerte Dehne an die eindeutige Beschlusslage: die Reinigungskräfte müssen beim Bezirksamt angestellt werden.

## Immer noch kein Klimabeirat

Vor mehr als zwei Jahren hat die BVV die Klimanotlage für Neukölln ausgerufen und verschiedene Maßnahmen, darunter die Einrichtung eines Klimaschutzbeirats beschlossen. Seitdem hat sich jedoch nichts getan, wie der Bürgermeister jetzt auf Anfrage von Maya Eckes für die Linksfraktion eingestehen musste. Zwar gibt es inzwischen einen Klimaschutzbeauftragten, unklar ist jedoch, mit welchen Zielvorgaben dieser arbeitet. Die Einrichtung eines Klimaschutzbeirats unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteure kann wertvolle Impulse für die Erarbeitung und Umsetzung des bezirklichen Klimaschutzes liefern. Unklar ist auch, warum die Grünen so wenig auf die Umsetzung des Beschlusses durch die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen achten.



# DIE LINKE.

Fraktion in der BVV Neukölln

## Kontakt

Rathaus Neukölln  
Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin,  
Fraktionsbüro im Raum A456  
Fon: +49.30.90239-2003  
Fax: +49.30.90239-3482  
linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de

## Sprechstunden

Montags 15-18 Uhr  
Dienstags 10-13 Uhr  
Donnerstags 15-18 Uhr  
im Fraktionsbüro

## Termine

25. April 2022 / 18:30 Uhr  
Fraktionssitzung  
3. Mai 2022 / 18:30 Uhr  
Fraktionssitzung  
4. Mai 2022 / 17Uhr  
Bezirksverordnetenversammlung  
16. Mai 2022 / 18:30 Uhr  
Fraktionssitzung  
23. Mai 2022 / 18:30 Uhr  
Fraktionssitzung  
25. Mai 2022 / 17 Uhr  
Bezirksverordnetenversammlung

Aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion gibt es unter [www.linksfraktion-neukoelln.de](http://www.linksfraktion-neukoelln.de) sowie auf Facebook und Twitter.